

Protokoll

über die Sitzung des **Ausschusses für Integration und Teilhabe** am Donnerstag, **25.02.2021**,
18:00 Uhr, im **Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535**
Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Günter Hahn

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Andreas Schaumann

Mitglieder

Frau Andrea Czernitzki

Herr Stephan Iseke

Herr Klaus Kosellek

Herr Ferdinand Lühring

Frau Christine Nothbaum

Herr Stefan Porscha

Herr Thomas Stolte

Frau Monika Strecker

Vertreter/innen

Herr Thomas Iseke

Vertretung für Fr. Bertram-Kühn

Beratende Mitglieder

Frau Sabine Alsleben

Herr Hans-Dieter Jaehnke

Herr Fatih Köse

Herr Bernd Krause

Frau Irene Siedow

Herr Heinrich Stephanblome

Herr Rolf Steuerthal

Gäste

Gäste

Frau Loosemore (Vorstellung Top 6 mit Fr. Siedow)

Verwaltungsangehörige/r

Frau Inga Heidemann

Herr Yamin Naqvi

Frau Annette Plein

Frau Jule Reichert

FDL 52 - Soziale Arbeit

Technik

FBL 2 - Bürgerdienste

Protokoll

-
Frau Luzie Flegel

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:20 Uhr

Tagesordnung

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 2 Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 11.03.2020
- 3 1. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten Fr. Siedow
- 4 Berichte und Bekanntgaben
- 5 Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
- 6 Antrag von Fr. Siedow zur Erstellung eines Aktionsplanes Inklusion für die Stadt Neustadt a. Rbge.
- 7 Die Stadt Neustadt a. Rbge. erklärt sich zum "Sicheren Hafen" **2020/233/1**
- 8 Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Hahn eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Integration und Teilhabe um 18:00 Uhr, begrüßt alle Mitglieder und Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 11.03.2020

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst bei 2 Enthaltungen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 11.03.2020 wird genehmigt.

3. 1. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten Fr. Siedow

Frau Siedow, die ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Neustadt a. Rbge., stellt ihren Jahresbericht in Form einer Power-Point-Präsentation vor und erläutert die jeweiligen Folien (Anlage 1). Aufgrund von Corona seien einige ihrer Aktionen und Veranstaltungen, wie beispielsweise die Vorstellung ihrer Arbeit im Kreis von Menschen, die von Behinderung betroffen sind, unterbrochen worden. Diese Dinge sollen nachgeholt werden, sobald dies wieder möglich ist. Der kaputte Fahrstuhl am Neustädter Bahnhof sei immer noch ein Problem. Auch alternative Rufbusse seien nicht immer barrierefrei. Ein Gespräch mit der Deutschen Bahn habe nur wenig Erfolg gezeigt. Sie habe hier jedoch die Zusage bekommen, dass das Problem aktuell bearbeitet wird. Frau Siedow berichtet ebenso über die Themen, die nicht bearbeitet werden konnten. Diese seien aufgrund von Corona ins Stocken gekommen. Dies betreffe unter anderem auch die Netzwerkbildung mit Anbietenden von Unterstützungsleistungen. Ihr sei aufgefallen, dass oft Unsicherheit herrsche, wer für was zuständig sei. Ihr sei es wichtig, hier ein gemeinsames Level zu finden und ein Netzwerk aufzubauen. Frau Siedows Fazit sei, dass die Themen und Termine für eine Person zu viele seien, da das Thema Behinderung alle Bereiche des Lebens betreffe. Sie fordert daher eine Satzungsänderung für das Amt der/des Behindertenbeauftragte/n sowie die Schaffung von Sitzen als beratendes Mitglied in verschiedenen Ausschüssen. Außerdem berichtet Frau Siedow, dass viele Bürgerinnen und Bürger, die Anfragen bei ihr gestellt haben, sich eine aktive Hilfe bei Anträgen und der Verfolgung ihrer Anliegen wünschen würden. Daher habe sie die Überlegung, eine „Gemeindeschwester +“ in Neustadt einzuführen. Anschließend bedankt sie sich bei der Zuhörerschaft und ist offen für Anregungen und Fragen.

Herr Hahn bedankt sich bei Frau Siedow für ihren Vortrag. Er sei froh über ihr Amt und sie habe bisher eine Menge Arbeit geleistet.

Frau Strecker bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie fragt, ob es eine Stelle gebe, die sich um die Beantragung von Pflegegeldern kümmere. Dies sei für ältere Menschen in manchen Fällen schwierig. Herr Hahn antwortet, dass in Neustadt Formularlotsen für so etwas zuständig seien. Frau Heidemann bestätigt, dass es im Freiwilligenzentrum Neustadt Formularlotsen gebe. Außerdem sei das Sachgebiet 522 der Neustädter Verwaltung für solche Dinge zuständig und unterstütze und begleite Menschen bei Antragsstellungen. Dies sei zu vergleichen mit der Arbeit einer Gemeindeschwester +. Herr Krause fügt hinzu, dass es auch in Wunstorf eine Organisation gebe, bei der man Informationen über das Thema Pflege bekommen könne. Diese sei auch im Internet zu finden.

Herr T. Iseke bedankt sich ebenso für den Vortrag von Frau Siedow. Er fragt, ob Frau Siedow in allen Ausschüssen einen stimmberechtigten Sitz fordere. Frau Siedow antwortet, dass es ihr nicht darum ginge, stimmberechtigt zu sein, sondern als beratendes Mitglied teilnehmen möchte, um ihre Meinung als Behindertenbeauftragte darstellen zu können. Frau Plein bestätigt, dass Frau Siedow in einigen Ausschüssen keinen Sitz als beratendes Mitglied habe. Sie schlägt vor, nach der Kommunalwahl und der Neubesetzung der Ämter diesen Aspekt zu berücksichtigen, sodass Frau Siedow als Behindertenbeauftragte in allen Ausschüssen als beratendes Mitglied vertreten ist. Die Ausschussmitglieder begrüßen diesen Vorschlag.

Frau Czernitzki dankt für den Vortrag und fragt, ob der Vorschlag von Frau Siedow bezüglich einer Gemeindegewerkschaft + nicht mit den Formularlotsen kollidieren würde. Frau Siedow merkt an, dass es das Projekt der Gemeindegewerkschaft + bereits in Deutschland gebe und dass Informationen darüber im Internet zu finden seien. Die Gemeindegewerkschaft sei vorrangig für Senioren zuständig und leiste aufsuchende Arbeit. Die Formularlotsen seien auf die Antragsstellung spezialisiert, es gebe aber häufig noch weitere Fragen zum Thema Pflege. Hier seien ihrer Meinung nach Menschen mit Erfahrung im Bereich der Pflege besser geschult als die Formularlotsen, sie könnten gezielter nachhaken und die Situation der Pflegebedürftigen realistischer einschätzen. Aus Frau Siedows Sicht könne die Gemeindegewerkschaft + im Gegensatz zu den Formularlotsen ein passenderes Paket an Unterstützungsmöglichkeiten für die Betroffenen zusammenstellen. Frau Heidemann stimmt diesem Aspekt zu, betont aber, dass das Sachgebiet 522 der Stadtverwaltung diese Aufgaben in Form von Case Management bereits übernehme.

Herr Hahn bedankt sich für die lebhafte Diskussion und schließt diesen Tagesordnungspunkt.

4. Berichte und Bekanntgaben

Herr Hahn gibt bekannt, dass er im Oktober vergangenen Jahres versucht habe Frau Wontorra, die Niedersächsische Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, zum Ausschuss für Integration und Teilhabe einzuladen. Dies habe aufgrund von Corona nicht geklappt. Er versuche sie für die nächste Sitzung noch einmal einzuladen.

Herr Hahn gibt außerdem bekannt, dass die Anfrage von Herrn Mecklenburg vom 10.03.2020 bezüglich der Fahrstuhlerneuerung am Neustädter Bahnhof bereits in der Ausschusssitzung am 11.03.2020 behandelt wurde und verweist noch einmal auf das Gespräch von Frau Siedow mit der Deutschen Bahn.

5. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Es wurden keine Anfragen gestellt.

6. Antrag von Fr. Siedow zur Erstellung eines Aktionsplanes Inklusion für die Stadt Neustadt a. Rbge.

Frau Siedow beantragt die Erstellung eines Aktionsplans für die Stadt Neustadt (Anlage 2). Das strategische Ziel sei hierbei, Neustadt für alle lebenswert zu machen und das Thema Inklusion weiter voran zu bringen. Dazu müsse der Ist-Zustand festgestellt werden, wie beispielsweise die Bedarfslage oder notwendige individuelle Lösungen. Es sollen alle Lebensbereiche in den Blick genommen werden. Frau Loosemore nimmt Stellung zu dem Antrag. Sie begrüßt die Idee der Erstellung eines Aktionsplans. Sie habe sich lange mit Frau Siedow ausgetauscht. Sie sei selbst von Behinderung betroffen und finde daher den Aktionsplan ziel-

führend. Er zeige einen roten Faden und könne den Ist-Zustand in Neustadt darstellen. Frau Plein befürwortet ebenso die Erstellung eines Aktionsplans. Sie merkt an, dass es auf Verwaltungsebene nur eingeschränkte Personalkapazitäten gebe. Sie schlägt daher vor, einen Arbeitskreis zu bilden, bevor die Erstellung des Plans beschlossen wird. Frau Siedow hätte dann die Aufgabe hierfür Teilnehmende akquirieren. Die Beteiligten könnten in diesem Rahmen Ideen und Vorschläge sammeln und Vorüberlegungen aufstellen, wie der Plan Schritt für Schritt bearbeitet werden sollte und welche Themen vorrangig seien. Frau Siedow erklärt sich hierzu bereit. Herr Hahn bedankt sich bei Frau Siedow und Frau Loosemore für die Vorstellung des Antrags

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag zur Erstellung eines Aktionsplans Inklusion für die Stadt Neustadt a. Rbge. wird genehmigt.

Herr Hahn hält abschließend fest, dass Frau Siedow die Bildung des Arbeitskreises übernimmt und schließt damit diesen Tagesordnungspunkt

7. Die Stadt Neustadt a. Rbge. erklärt sich zum "Sicheren Hafen" 2020/233/1

Frau Plein verweist auf die ursprüngliche Beschlussvorlage 2020/233. Hier sei im Jugend- und Sozialausschuss festgestellt worden, dass diese verändert werden müsse, was in der Vorlage 2020/233/1 festgehalten ist. Der Jugend- und Sozialausschuss hat den letzten Absatz der Ursprungsvorlage streichen lassen. Aus diesem Grund müsse zuerst entschieden werden, welche der beiden Vorlagen beschlossen wird. Herr T. Iseke sagt, dass er zu der Strichdrucksache tendiere. Er kritisiert, dass in diesem Fall die über das Meer Geflüchteten bevorzugt werden würden. Er sei der Meinung, dass allen Menschen, die in Not sind, geholfen werden müsse. Außerdem stehe in der Vorlage nicht, wie die Stadt konkret unterstützen solle und er merkt an, dass aufgrund von Corona die Flüchtlingsströme momentan unterbrochen seien.

Frau Plein erwidert, es gebe keine Geflüchteten erster oder zweiter Klasse. Es solle signalisiert werden, dass auf diese Menschen ein besonderes Augenmerk gelegt werde. Minderjährige Geflüchtete aufzunehmen sei nicht möglich, da es in Neustadt kein eigenes Jugendamt gibt. Bei der Beschlussvorlage ginge es vor allem darum, als Stadt Neustadt eine Haltung zu diesem Thema zu zeigen. Herr S. Iseke schließt sich der Antwort von Frau Plein an. Er ergänzt, dass der letzte Absatz der Vorlage 2020/233 lediglich gestrichen werden solle, weil die Stadt nicht die Möglichkeit hat minderjährige Geflüchtete aufzunehmen und dieser Absatz daher auf Neustadt nicht zuträfe. Herr Steuernthal fragt nach, wie viel Geld angefordert sei. Frau Plein erklärt, dass keine Kosten anfielen. Es ginge nur um die Frage der Haltung der Stadt Neustadt. Herr T. Iseke merkt an, dass es eine rechtsstaatliche Grundhaltung sei und sich durch den Beschluss der Vorlage nichts an der derzeitigen Situation ändern werde.

Der Ausschuss für Integration und Teilhabe fasst bei 3 Enthaltungen mehrheitlich folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. ist bereit, Geflüchteten, die in Seenot geraten sind, Obdach und Hilfe zu gewähren und versteht in diesem Sinne die Stadt Neustadt a. Rbge. als „Sicheren Hafen“.

8. Anfragen

Herr Krause fragt an, ob es Einsatzgruppen gibt, die die Fahrt zum Impfzentrum für Menschen im Rollstuhl erleichtern. Es sei ein weiter Weg, da die Betroffenen mit Bus oder Bahn zum Hauptbahnhof in Hannover und von dort aus weiter zum Messegelände fahren müssen. Frau Heidemann antwortet, dass hierzu bereits beim DRK Neustadt angefragt wurde. Derzeit gebe es nicht die Absicht, einen Fahrdienst zu installieren. Aktuell werden Senioren über 80 Jahre geimpft. Diese haben die Möglichkeit, sich bei ihrem Hausarzt einen Transportschein ausstellen zu lassen, wenn sie nicht selbstständig mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zum Impfzentrum gelangen können. Die Krankenkassen übernehmen die Kosten hierfür erst ab Pflegestufe 3. In der Vergangenheit mussten die Kosten für den Transportschein vorerst von den Seniorinnen und Senioren ausgelegt werden. Der Betrag, der für Hin- und Rückfahrt bei etwa 150 Euro pro Impfung lag, wurde dann im Impfzentrum erstattet. Das Land habe jetzt Verträge mit dem Taxiverband geschlossen. Die Taxifahrer rechnen demnach die Fahrtkosten direkt beim Impfzentrum oder der Krankenkasse ab. Das entlaste die älteren Menschen finanziell. Frau Czernitzki ergänzt, dass sich die gesetzliche Krankversicherung dazu bereit erklärt habe, Kosten aus medizinischer Not zu übernehmen, auch wenn zuvor nicht alle Voraussetzungen erfüllt seien. Den Eigenanteil übernehme nach aktuellem Stand das Land Niedersachsen.

Frau Siedow merkt an, dass sie gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten der Region Hannover mehrfach versucht habe bezüglich der Impfzentren vor Ort auf das Land Niedersachsen einzuwirken. Das Fahrt zum Impfzentrum Hannover bringe nicht nur Probleme mit der Beförderung mit sich, sondern berge zudem eine große Infektionsgefahr aufgrund der Menschenmassen vor Ort, besonders für immunsystemgeschwächte Menschen. Die Landesregierung sei allerdings überzeugt von dem zentralen Impfzentrum in Hannover.

Herr Krause fügt hinzu, dass es für einige Betroffene, beispielsweise Menschen mit Pflegegrad 5, kaum möglich sei den Weg nach Hannover anzutreten. Außerdem ändern die sich die Prioritäten, wer wann geimpft wird, immer wieder. Frau Heidemann erklärt, dass es bezüglich der Impfreiheitenfolge einen Stufenplan gebe. Aktuell werden demnach Menschen über 80 Jahre und medizinisches Personal geimpft. Sie hofft, dass bald auch dezentrale Impfungen möglich sind, denn es sei nicht möglich, bettlägerige Menschen nach Hannover zu fahren. Die aktuelle Situation sei so nicht zufriedenstellend.

Herr Hahn ergänzt, dass sich auch die Virologin Melanie Brinkmann in einer Videokonferenz für dezentrales Impfen ausgesprochen habe. Er verweist außerdem auf ein Video mit Herrn Jagau, in dem dieser sich gegen dezentrale Impfzentren ausgesprochen habe (<https://www.youtube.com/watch?v=ZJdRcgLXgLw&feature=youtu.be>).

Herr Lühring äußert dazu, dass die Impfstoffe teilweise stark gekühlt werden und die Kühlkette eingehalten werden müsse. Dies sei ein Problem im Hinblick auf dezentrale Impfzentren in den Ortschaften. Er könne sich vorstellen, dass das Impfen beim Hausarzt mit Impfstoffen, die weniger gekühlt werden müssen, möglich sei.

Herr T. Iseke fügt hinzu, dass neben den Beförderungsscheinen die Hausärzte unter anderem Hausbesuche machen und sich möglicherweise zukünftig die Impfung für ältere Menschen damit verbinden ließe.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Hahn den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:18 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Dominic Herbst
Bürgermeister

Jule Reichert
Protokollführer/-in

Neustadt a. Rbge., 05.03.2021